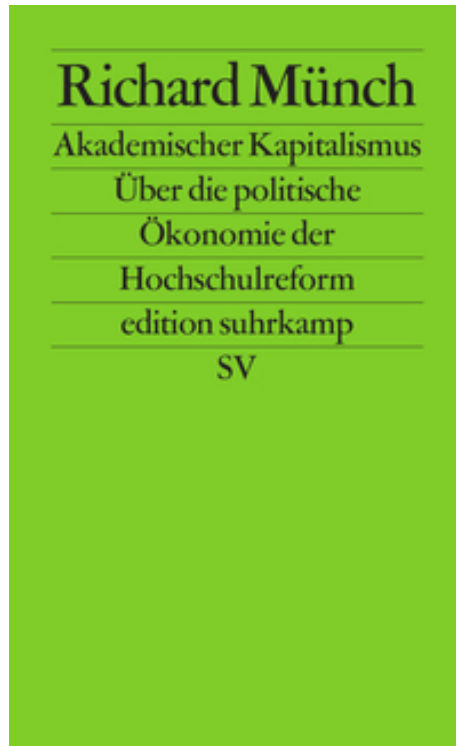


Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Münch, Richard
Akademischer Kapitalismus

Über die politische Ökonomie der Hochschulreform

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp 2633
978-3-518-12633-2

edition suhrkamp 2633

Der Bildungsstreik und die Hörsaalbesetzungen im Jahr 2009 haben gezeigt, dass der Widerstand gegen Studiengebühren und die Bologna-Reform sich immer weiter aufheizt. Die Studierenden klagen über zunehmenden Stress, maßgebliche Ziele der Reform wurden verfehlt. Richard Münch, einer der renommiertesten Kritiker dieser Entwicklung, untersucht in dieser brisanten Studie die Kräfte hinter dem neuen akademischen Kapitalismus. Er legt dar, wie sich die Hochschulen unter dem Einfluss von Beratungsfirmen in Unternehmen verwandeln und wie kurzfristige Nutzenerwartungen das Innovationspotenzial der Forschung untergraben.

Richard Münch, geboren 1945, lehrt Soziologie an der Universität Bamberg. Zuletzt erschienen in der edition suhrkamp seine vieldiskutierten Bücher *Die akademische Elite* (es 2510) und *Globale Eliten, lokale Autoritäten* (es 2560).

Richard Münch
Akademischer Kapitalismus
*Zur Politischen Ökonomie
der Hochschulreform*

Suhrkamp

edition suhrkamp 2633

Erste Auflage 2011

© Suhrkamp Verlag Berlin 2011

Originalausgabe

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-12633-2

I 2 3 4 5 6 – 16 15 14 13 12 11

Inhalt

Vorwort	9
Einleitung: Auf der Suche nach wissenschaftlicher Exzellenz	11
I. Akademisches Monopoly: Vom Gabentausch zur Shanghai-Weltliga der Wissenschaft	37
1. Forschung und Lehre als Gabentausch	37
2. Die Treuhänderschaft der wissenschaftlichen und der akademischen Gemeinschaft	44
3. Das neue Spiel: Die Shanghai-Weltliga der Wissenschaft	53
II. Die unternehmerische Universität: Wie strategisches Management die akademische Welt verändert	68
1. Die Universität als unternehmerischer Akteur ..	68
2. Die Akkumulation von Kapital	75
III. Die Audit-Universität: Vom <i>Homo academicus</i> zum <i>Homo oeconomicus</i>	94
1. Von der akademischen Qualitätssicherung zum managerialen Controlling	94
2. Der neue <i>Homo oeconomicus</i> des akademischen Betriebs	123
IV. Das Panoptikum des akademischen Qualitäts- managements	132
1. Normalisierung der Forschung durch Peer Review	133

2. Verarmung des Wissens durch Evaluation? Effekte des Qualitätsmanagements in der Soziologie	155
V. Stratifikation durch Evaluation: Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz	181
1. Vergleichende Evaluation von Fachbereichen: Eine Fallanalyse	182
2. Die soziale Konstruktion und Reproduktion von Statushierarchien	218
VI. Der Monopolmechanismus in der Wissenschaft	236
1. Die materielle Produktion von Marktmacht und die symbolische Konstruktion von Exklusivität	237
2. Der Monopolmechanismus	250
3. Gegenkräfte	261
VII. Die Konstruktion von Eliteuniversitäten durch soziale Schließung	275
1. Die <i>illusio</i> des Feldes: Verteilung von Forschungsmitteln nach dem Leistungsprinzip..	276
2. Mitgliedschaften und Forschung: Verteilungs- und Organisationsstrukturen	287
VIII. Mit dem Bologna-Express in die europäische Wissengesellschaft: Vom Berufsmonopol zum globalen Kampf um Bildungsprestige	328
1. Markt vs. Beruf	329
2. Bildung als öffentliches Gut vs. Bildung als Statusgut	346

Schlussbetrachtung: Die Universität im Spannungsfeld zwischen innerer Freiheit und äußerer Zweck- bestimmung	361
Anhang: Statistische Analysen zum akademischen Leistungswettbewerb	381
Literaturverzeichnis	430
Nachweise	459

Vorwort

Forschung und Lehre an den Universitäten haben im globalen Wettbewerb um Anteile an der Wissensproduktion in der Wissensgesellschaft erstrangige strategische Bedeutung für die Politik erlangt. Ihre Ausrichtung auf den globalen Wettbewerb ist das Ziel der engen Zusammenarbeit von Forschungs-, Technologie- und Wirtschaftspolitik. Dabei sind weltweit die gleichen Muster der Reform zu beobachten. Sie folgen dem Paradigma des Neoliberalismus, das, ausgehend von den USA und Großbritannien, in den achtziger Jahren einen weltweit scheinbar unaufhaltsamen Siegeszug angetreten und längst auch die koordinierten Marktwirtschaften des konservativen und des sozialdemokratischen Typs erfasst hat. Die hier vorgelegte Studie ist den Ursachen, Erscheinungsformen und Konsequenzen dieser Transformation von Forschung und Lehre zu strategischen Ressourcen der Innovation und des Wachstums in der Wissensgesellschaft gewidmet. Im Vordergrund steht dabei der Wandel von Universitäten zu strategisch operierenden Unternehmen. Damit geht einher die Ablösung der akademischen Qualitätssicherung durch manageriales Controlling. Das besondere Augenmerk gilt der Überlagerung des Wettbewerbs von Forscherinnen und Forschern um Anerkennung durch die wissenschaftliche Gemeinschaft für ihre Beiträge zum Erkenntnisfortschritt als Kollektivgut durch einen neuen Verdrängungswettbewerb zwischen unternehmerisch agierenden Universitäten. Letztere stehen im Wettbewerb um Forschende, Lehrende und Lernende, um Forschungsgelder und Wissen als Rendite abwerfendes Privatgut unter den Gesetzmäßigkeiten eines akademischen Kapitalismus.

Die einzelnen Kapitel dieser Studie sind teilweise aufgrund externer Nachfragen entstanden und bereits in Aufsatzform

erschienen. Bei der Arbeit an diesen Aufsätzen bin ich jedoch schon frühzeitig dem Plan gefolgt, sie als Teilstücke eines Ganzen zu einem Buch zusammenzufügen, das hier nun vorliegt. Für die Buchveröffentlichung wurden die Aufsätze nochmals überarbeitet, teilweise verändert und ergänzt. Die statistischen Analysen im Anhang erscheinen zum größten Teil in diesem Buch zum ersten Mal. Bei der Texterfassung hat mich Brigitte Münzel unterstützt. Alexander Dobeson hat das Literaturverzeichnis bearbeitet. Vincent Gengnagel hat die Daten zum Berufungsnetzwerk im Fach Geschichte zusammengetragen. Christian Baier hat die deskriptive Statistik, die Regressionsanalyse zu den Publikationen pro Wissenschaftler in Chemie, Physik und Biologie sowie die Analyse zum Berufungsnetzwerk im Fach Geschichte erstellt, Christian Dressel die Regressionsanalysen zur einfachen und quadrierten Summe der Investitionen, zur Reputation und zur Gesamtsumme der Forschungsgelder in Chemie, Physik und Biologie, Len-Ole Schäfer die zu den Universitäten und zum Fach Geschichte. Ihnen allen möchte ich dafür herzlich danken.

Bamberg, im Januar 2011
Richard Münch

Einleitung: Auf der Suche nach wissenschaftlicher Exzellenz

Seit den achtziger Jahren ist New Public Management (NPM) auf der ganzen Welt zum dominierenden Modell der rationalen, zielgerichteten Steuerung öffentlicher Einrichtungen geworden (Lane 2000; Gruening 2001). Es bildet einen Teil der Weltkultur, die Modelle der rationalen Organisation der Gesellschaft für Nationalstaaten, Organisationen und individuelle Akteure bereithält und verbindlich macht. Als Teil der unablässigen Expansion der Wissenschaft – der treibenden Kraft des gesellschaftlichen Fortschritts – hat NPM einen wachsenden Einfluss auf den Wandel der öffentlichen Verwaltung auf der ganzen Welt. Dessen Legitimation durch die Autorität der Wissenschaft übt normativen Druck auf Politiker und Administratoren aus (Meyer et al. 1997; Meyer 2005; Drori et al. 2003). Regierungen, die sich diesem normativen Druck widersetzen, riskieren, für unverantwortliches Handeln zur Rechenschaft gezogen zu werden. Sie machen sich des illegitimen Widerstands gegen die wissenschaftlich begründete Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung schuldig. Die weltweite Verbreitung von New Public Management wird dementsprechend von starken isomorphischen Prozessen vorangetrieben. Das heißt, NPM muss eingeführt werden, um vor dem Gericht der Wissenschaft bestehen und einen legitimen Status innehaben zu können, während sich die realen Effekte seiner Einführung oft der Beobachtung und Kontrolle entziehen.

NPM bietet den nationalen politischen Akteuren den Halt, den sie durch den Legitimationsverlust nationaler Traditionen der gesellschaftlichen Praxis im Kontext der Globalisierung der Politik verloren haben. An diesem Prozess ist NPM in einer Doppelrolle beteiligt. Einerseits trägt NPM als globales Ra-

tionalitätsmodell zur allgemeinen Verunsicherung über Sinn, Zweck und Geltung nationaler Traditionen bei, andererseits stellt es ein neues Paradigma des Regierens zur Verfügung, das die allgemeine Verunsicherung zu beseitigen hilft, wenn man sich daran hält. Als Paradigma (Hall 1993) ordnet NPM die soziale Welt auf neue, global verbindliche Weise. Durch die für ein Paradigma typische Unterscheidung zwischen einem gegen Kritik und Widerlegung geschützten sakralen Kern von Grundannahmen und einem um diesen Kern gelegten profanen Randbereich instrumentellen Wissens ist es möglich, Gegenevidenzen als Anomalien zu verbuchen und in der peripheren Zone des instrumentellen Wissens zu verorten. Zu den häufig eingesetzten Strategien, NPM gegen Gegenevidenzen zu verteidigen, gehört zum Beispiel die Behauptung, Fehlleistungen seien auf den mangelnden Glauben und das mangelnde Wissen des beauftragten Personals zurückzuführen. Damit lässt sich gut die intensivierete Schulung des Personals begründen. Daran ist zu erkennen, dass die instrumentelle und die symbolische Seite der Praxis des NPM unauflöslich miteinander verflochten sind. Ein wesentlicher Bestandteil des Gelingens von NPM ist der Glaube der Akteure an das Paradigma, der sie dazu führt, Fehlleistungen nicht dem Paradigma, sondern der eigenen Unzulänglichkeit zuzurechnen. Diese Bedeutung des Glaubens macht die Geltung eines Paradigmas relativ unabhängig von seinen instrumentellen Erfolgen. Die Praxis eines Paradigmas hat in diesem Sinn religiöse Züge. Ein revolutionärer Paradigmenwechsel ist deshalb auch mehr eine Sache des Glaubens als eine Sache seines instrumentellen Wertes.

Die geschilderte Praxis verleiht einem Paradigma auch dann ein hohes Maß an Stabilität, wenn sich Gegenevidenzen häufen. Das ist das Kennzeichen der »Normalwissenschaft«. Es bedarf eines Generationenwechsels, um den geschützten Kern

selbst infrage zu stellen und einen revolutionären Paradigmenwechsel herbeizuführen (Kuhn 1967). In der Wirtschaftspolitik kann die Ablösung des Keynesianismus durch den Neoliberalismus in den siebziger bis achtziger Jahren als ein solcher Paradigmenwechsel verstanden werden. Wie wir heute wissen, hat er im weiteren Verlauf alle Bereiche der politischen Steuerung der Gesellschaft erfasst. NPM ist ein wesentlicher Bestandteil des neuen Paradigmas des Regierens. Im Anschluss an Michel Foucault (2006) kann man in dem darin enthaltenen Setzen auf die Selbstregulation von Märkten eine neue Stufe des Regierens in entgrenzten Räumen erkennen, die sich als liberale Gouvernamentalität bezeichnen lässt. Im Verhältnis zu den älteren, aber nicht obsolet gewordenen Formen des Regierens mittels Gesetzen innerhalb eines abgegrenzten Territoriums und mittels Disziplinartechniken in Schule, Hochschule und Arbeitsorganisation hat die liberale Gouvernamentalität des Regierens mithilfe von Märkten in den vergangenen 30 Jahren immer größere Bedeutung erhalten. Es handelt sich dabei um eine Regierung, die in zunehmendem Maße auf wissenschaftliches Wissen über die Bevölkerung und das einzelne Individuum sowie auf die Selbstführung des Individuums setzt, wofür Foucault den Begriff der Biopolitik geprägt hat.

Ein wesentlicher Teil der neuen Regierungstechnik ist die immer weiter ausdifferenzierte Statistik, aus der eine Art Herrschaft der Zahlen, eine Numerokratie, entsteht (Porter 1995), die sich zunehmend auch in der Steuerung der Wissenschaft breitmacht, wie wir sehen werden (Angermüller 2009, 2010). Dabei ist gerade in dieser Hinsicht eine Überlagerung der nationalstaatlichen Statistik durch die transnationale Statistik zu beobachten. Die Statistiken der EU, der OECD und der Weltbank sind zu machtvollen Instanzen der neuen Herrschaft der Zahlen geworden, gerade auch in der weltweiten Verbreitung von NPM. Neben diesen intergouvernemental legitimier-

ten Statistiken üben aber auch Statistiken privater Akteure einen wachsenden Einfluss auf die gesellschaftliche Praxis aus. In unserem Zusammenhang gilt das zum Beispiel für das Shanghai-Ranking der 500 sichtbarsten Universitäten der Welt (SJTU 2010).

Die Mitte der neunziger Jahre ins Leben gerufene OECD-Agenda zu Beschäftigung und Wachstum in der wissensbasierten Ökonomie hat der transnationalen Herrschaft der Zahlen einen kräftigen Schub gegeben. In diesem Kontext sind die Universitäten in die Position der entscheidenden Quellen der Innovation und des wirtschaftlichen Wachstums berufen worden. Daraus folgt ihre Erhebung zu unternehmerischen Akteuren im Innovationsprozess. Wie wir sehen werden, hat das tief greifende Folgen für das Verständnis von Forschung und Lehre an den Universitäten.

Die Beurteilung der Effekte von NPM erfordert eine genauere Untersuchung des damit einhergehenden Wandels, als dies bei dessen Einführung gemeinhin geschieht. Das ist die Zielsetzung der in diesem Buch vorgelegten Analyse der aktuellen Hochschulreformen. Es geht in dem Sinne um ihre Politische Ökonomie, als sie Forschung und Lehre einer ökonomisch inspirierten Steuerung (Governance) unterwerfen, bei der die Grenzen zwischen der akademischen und der ökonomischen Welt eingeebnet werden. Dieser Wandel im Verhältnis zwischen Ökonomie und Wissenschaft ist wiederum eingebettet in einen Wandel im Feld der Macht, der sich darin äußert, dass das nationale Feld der Wissenschaftspolitik von einem transnationalen Feld überlagert wird. Die nationalen Akteure der Parteien, Universitäten, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Wissenschaftsorganisationen verlieren an materieller Macht der Allokation von Forschungsgeldern, Forschenden, Lehrenden und Studierenden an Universitäten und an symbolischer Macht der Definition der Situation,

der Bestimmung der Spielregeln und der Zuweisung von Reputation. Dagegen gewinnen transnationale Akteure wie die Europäische Kommission mit ihren Forschungsrahmenprogrammen und ihrer wirtschaftspolitischen Agenda (Lissabon-Strategie, Europa 2020), die Akteure des Bologna-Prozesses, der Europäische Forschungsrat und die OECD mit ihrer Agenda der Förderung von Wachstum und Beschäftigung in der wissensbasierten Ökonomie an materieller und symbolischer Macht.

Es findet eine Transnationalisierung des akademischen Feldes statt, in dem ein Kampf um die bestmögliche Positionierung von Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen entbrannt ist, der eine stärkere vertikale und horizontale Differenzierung der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen nach Rang bzw. Profil mit sich bringt. Die transnationale Integration des akademischen Feldes impliziert zugleich die Desintegration und wachsende Ungleichheit in den nationalen Feldern. Die Ökonomisierung der Governance von Wissenschaft im Rahmen von New Public Management impliziert demgemäß eine Intensivierung des Kampfes um Positionen im akademischen Feld. Damit tritt die Politik der Wissenschaft in den Vordergrund. Die Ökonomisierung der Governance von Wissenschaft und die Entfesselung der politischen Kämpfe um Positionen im Feld gehen Hand in Hand. Diese Veränderungen des akademischen Feldes stehen in einem engen Zusammenhang mit der Fokussierung von Wirtschaft, Politik und Wissenschaft auf den globalen Innovationswettbewerb. Dabei treiben sich reale Veränderungen durch die Aufholjagd der Schwellenländer und virtuelle Veränderungen der neuen ökonomischen Wachstumstheorie wechselseitig voran. Sei es real unausweichlich oder von maßgeblichen Akteuren als real definiert (Thomas 1972), auf jeden Fall wird die Wissenschaft zum Bündnispartner im

neuen Innovationswettbewerb gemacht. Die beschleunigte Generierung von Innovationen aus der Forschung wird zur Überlebensstrategie der hochentwickelten Industrie- im Wettbewerb mit den Schwellenländern erkoren. So lehrt es die neue ökonomische Wachstumstheorie, die Schumpeters Lehre von der schöpferischen Zerstörung aufgreift und in die enge Koppelung von wissenschaftlicher Entdeckung, technologischer Innovation und wirtschaftlichem Wachstum überführt (Schumpeter 2006 [1912], 1980 [1942]; Aghion und Howitt 1998). Im Zuge der zunehmenden Verflechtung der Innovationspolitik des neuen Wettbewerbsstaates und des Innovationswettbewerbs zwischen Unternehmen in der wissensbasierten Ökonomie mit der innovationsgeleiteten Forschung im Zuge der Konkurrenz zwischen unternehmerisch operierenden Universitäten entsteht eine neue Politische Ökonomie der Wissenschaft, in der die Wahrheitssuche ein enges Bündnis mit der wirtschaftlichen Profitmaximierung und der staatlichen Machtsicherung eingeht (Gibbons et al. 1994). Die aktuellen Hochschulreformen zielen auf die engere Verflechtung von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft im Interesse der Förderung von Innovationen. Sie sind aktivierender Teil im Innovationsbündnis von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, ein wesentliches Agens der neuen Politischen Ökonomie der wissensbasierten Innovation. Sie in ihrem Sinn und Zweck, ihren Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen zu untersuchen, heißt deshalb, ihre Politische Ökonomie unter die Lupe zu nehmen. Das ist das Ziel der hier unternommenen Untersuchung. Es gilt dabei, die Transformation von Universitäten in strategisch operierende Unternehmen und das Entstehen eines spezifisch akademischen Kapitalismus in den Blick zu nehmen. Dabei sollen die schon publizierten Studien zum gegenwärtigen Wandel von Bildung und Wissenschaft fortgeführt und vertieft werden (Münch 2007, 2009a).

Zum neuen Paradigma der Hochschulreformen gehört maßgeblich das Setzen auf Quasi-Märkte und Wettbewerb als Steuerungsinstrumente (Le Grand und Bartlett 1994; Schimank 2005). War die Wissenschaft bislang in erster Linie in der Hand der wissenschaftlichen Gemeinschaft (Merton 1973 [1942]) und ihrer einzelnen Fachgesellschaften sowie in der Hand der akademischen Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden in den Universitäten (Parsons und Platt 1990), werden jetzt Universitäten als Unternehmen begriffen, die auf einem Markt um Marktanteile konkurrieren und auf die Akkumulation von materiellem Kapital (staatliche Grundfinanzierung, Drittmittel, Sponsorengelder) und symbolischem Kapital (Reputation, Definitionsmacht) zielen (Clark 1998). Um dabei erfolgreich zu sein, müssen sie einen spiralförmigen Prozess der wechselseitigen Unterstützung von materiellem und symbolischem Kapital in Gang setzen. Es entsteht ein ganz eigener Realitätsbereich, der Forschung und Lehre in der Hand der wissenschaftlichen und akademischen Gemeinschaft und der Fachgesellschaften überlagert, die akademische Freiheit bedroht und die Wissenschaft externen Interessen unterwirft (Readings 1996; Bok 2003; Slaughter und Leslie 1997; Slaughter und Rhoades 2004; Washburn 2005; Altbach 2007). Man kann hier im Anschluss an Michael Power (1997) von einem Prozess sprechen, der zunächst zu einer Entkopplung einer neuen virtuellen Realität mit einem Eigenleben von der realen Praxis in Forschung und Lehre führt. Dadurch erfolgt eine Beruhigung (*comforting*) der interessierten Öffentlichkeit in dem Sinne, als offensichtlich strategische und operative Maßnahmen ergriffen werden, um Forschung und Lehre zu verbessern. Komplementär dazu können es sich Administratoren, Forscher und Lehrer bequem machen, weil ein *modus vivendi* gefunden wurde, der die an sich offene und stets mit Unsicherheit verbundene Praxis einer berechenbaren Ordnung unter-

wirft, an der man sich festhalten kann. In der weiteren Folge ergibt sich eine Kolonisierung von Forschung und Lehre durch die neuen Praktiken derart, dass sich ihr Sinn und Zweck verändert. Am Ende dieser Transformation von Forschung und Lehre steht eine Zielverschiebung, bei der die Anpassung an die neuen externen Kontrollen Vorrang vor den internen Zielen von Forschung und Lehre erhält. Das kann einleitend anhand der Governance von Forschung durch Exzellenzwettbewerbe gezeigt werden.

Exzellenzwettbewerbe sollen dafür sorgen, dass Forschungsmittel dorthin fließen, wo mit ihnen der größtmögliche wissenschaftliche Fortschritt erzielt werden kann. Ob diese Erwartung erfüllt wird, ist angesichts der Unvorhersagbarkeit wissenschaftlicher Durchbrüche höchst ungewiss. Ob eine Investition wissenschaftliche Erträge erbracht hat, lässt sich oft auch nach langer Zeit nicht genau sagen. Allein diese Unsicherheit macht es wahrscheinlich, dass Erfolge in einem Exzellenzwettbewerb sich selbst genügen und vom realen Forschungsgeschehen entkoppelt werden. Solche Wettbewerbe haben deshalb den Nebeneffekt, dass sie eine Realität *sui generis* bilden, die in erheblichem Umfang Ressourcen beansprucht, die der realen Forschung entzogen werden. Außerdem erzeugen sie ein vereinfachtes Bild der Verteilung von wissenschaftlicher Exzellenz auf Universitäten, das weit von der viel differenzierteren Realität im realen Geschehen von Forschung und Lehre abweicht. In der Tendenz bewirken sie aber in materieller und symbolischer Hinsicht eine Angleichung der Realität an das vereinfachte Bild. Exzellente Forschern an Universitäten, die im Wettbewerb verlieren, werden materielle und symbolische Ressourcen (Geld und Reputation) entzogen, durchschnittlichen Forschern an den Gewinneruniversitäten fließen dagegen Geld und Reputation zu.

Exzellenzwettbewerbe verschlingen umfangreiche perso-

nelle und sächliche Ressourcen der lokalen Koordinierung, der Antragstellung, der Begutachtung und Umsetzung, so dass gerade die besten Forscher in Koordination und Management versinken und Gefahr laufen, aus diesen Tiefen nicht mehr aufzutauchen – es sei denn, es wird ihnen anschließend eine mindestens dreijährige Auszeit gewährt. Dementsprechend wächst die Zahl der Wissenschaftskordinatoren. Ein von der Exzellenzinitiative gefördertes geisteswissenschaftliches Exzellenzcluster weist auf seiner Homepage nicht weniger als 16 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit einer solchen Funktion aus. Für die Universität ist das Cluster jedoch auf jeden Fall ein Erfolg, ganz gleich was am Ende für die Wissenschaft dabei herauskommt und wie viele Mitarbeiter dabei in Projekten eingesetzt werden, die mangels Professorenstellen zu keiner planbaren akademischen Karriere führen. Auch die am selben Ort durchgeführte Podiumsdiskussion zu den trüben Aussichten des akademischen Nachwuchses kann daran nichts ändern. Das Karriereproblem des wissenschaftlichen Nachwuchses beeinträchtigt auch nicht wirklich den erworbenen Exzellenzstatus, weil dieser in einem Wettbewerb als ein Preis verliehen wird, den man nicht mehr verlieren kann, ganz gleich was an diesem und an anderen Orten tatsächlich in der Forschung geleistet wird.

Der Exzellenzwettbewerb ist eine Welt für sich, begleitet von Jubelstimmung und entkoppelt von der wesentlich differenzierteren Realität der Forschung selbst. In der Außendarstellung erzeugen solche Wettbewerbe Beruhigung. Es wird der Eindruck vermittelt, es geschehe etwas, die Politik tue etwas für die Wissenschaft. Allein die von der Exzellenzinitiative zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an den deutschen Hochschulen 2006/2007 für fünf Jahre zur Verfügung gestellten zwei Milliarden Euro, die dadurch erzeugte mediale Aufmerksamkeit und die Titulierung von Universi-

täten, Forschungsverbänden und Doktorandenprogrammen mit dem Begriff der Exzellenz sind ein Beweis für die Erfolge verantwortlicher Regierungen in Bund und Ländern. Ob das Geld richtig investiert wurde, spielt keine Rolle. Man kann das nicht wirklich wissen und beweisen. Von der Kritik genervte mitverantwortliche Politiker ziehen sich deshalb auf die Feststellung zurück, es sei dadurch ja Bewegung in ein marodes System gekommen. Allein die von einem ins ruhige Gewässer geworfenen Stein ausgelöste Wellenbewegung ist schon Beweis genug für die Richtigkeit der Maßnahme. Man muss dabei klar sehen, dass die Forschungspolitik als Politik anderen Gesetzmäßigkeiten gehorcht als die Wissenschaft. Der Erfolg eines forschungspolitischen Programms zeigt sich unmittelbar in Wählerstimmen, nicht in letztlich nicht direkt darauf zurückführbarem wissenschaftlichem Fortschritt. Ein erfolgreiches forschungspolitisches Programm im Sinne der Sicherung von politischer Macht ist nicht schon dadurch auch förderlich für die Wissenschaft. Was aus diesem Programm für die Wissenschaft folgt, ergibt sich aus den institutionellen Strukturen und Machtverhältnissen im akademischen Feld, die den idealen Bedingungen für die Wissensrevolution mehr oder weniger nahekommen können. Die gegebenen institutionellen Strukturen und Machtverhältnisse können neue forschungspolitische Maßnahmen – etwa die Mittelverteilung in Exzellenzwettbewerben – dergestalt absorbieren, dass die idealen Bedingungen der Wissensrevolution (Vielfalt und offener Wettbewerb) noch tiefer gehend als zuvor untergraben werden. Die politisch erfolgreichen Maßnahmen haben dann in der Wissenschaft einen kontraproduktiven, die Wissensrevolution behindernden Effekt.

Die Erzeugung einer virtuellen Realität der Forschung in Exzellenzwettbewerben hat viel mit der Kolonisierung der Politik durch die Medien zu tun. Die Medien müssen mit un-